

## Pressekonferenz

Linz, 11. Juni 2026

### **Ackerbau in Oberösterreich braucht Zukunftsperspektiven**

Aussetzung der EU-Klimazölle für Düngemittel, höhere Biokraftstoffquoten, stärkere Investitionsförderung und wirksamer Außenschutz vor Importen im Fokus

**Der oberösterreichische Ackerbau ist leistungsfähig, innovationsbereit und regional verankert. Rund 5.000 Betriebe leisten einen wesentlichen Beitrag zur Versorgungssicherheit Österreichs und Europas. Gleichzeitig stehen die Ackerbaubetriebe unter massivem wirtschaftlichem Druck. Besonders die Entwicklung bei Düngemitteln, Energie und Pflanzenschutzmitteln belastet die Wettbewerbsfähigkeit. Gleichzeitig eröffnen sich durch die steigende Nachfrage nach regionalen Rohstoffen, pflanzlichen Proteinen und erneuerbaren Energieträgern neue Chancen für den heimischen Ackerbau. Damit diese Potenziale genutzt werden können, braucht es entsprechende politische Rahmenbedingungen. Die Landwirtschaftskammer Oberösterreich fordert daher ein rasches Gegensteuern auf europäischer und nationaler Ebene.**

„Die Umsetzung des CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichsmechanismus für Düngemittel muss ausgesetzt werden, solange europäische Ackerbaubetriebe beim Absatz ihrer Produkte weiterhin mit Importen aus Drittstaaten konkurrieren müssen, die unter niedrigeren Klima- und Umweltstandards erzeugt werden. Gleichzeitig müssen neue Absatzchancen für heimische Ackerkulturen geschaffen, Investitionen in moderne Produktionstechnik gestärkt und faire Wettbewerbsbedingungen im internationalen Handel sichergestellt werden. Der oberösterreichische Ackerbau ist leistungsfähig und zukunftsorientiert. Unsere Betriebe brauchen keine Sonderbehandlung, sondern Rahmenbedingungen, die wirtschaftliches Arbeiten ermöglichen. Wenn wir Versorgungssicherheit, regionale Wertschöpfung und nachhaltige Produktion erhalten wollen, müssen jetzt die richtigen politischen Entscheidungen getroffen werden“, betont LK-Präsident Franz Waldenberger.

## Ackerbau am Wendepunkt

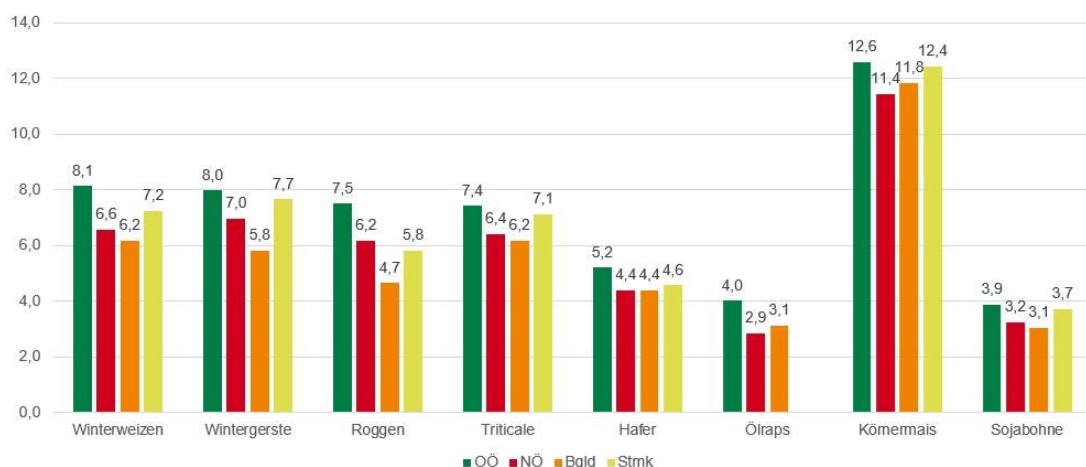
In Oberösterreich bewirtschaften rund 5.000 Betriebe intensiv Äcker und Felder. Der Rückgang der Tierhaltung im traditionell veredelungsintensiven Oberösterreich hat in den vergangenen Jahren dazu geführt, dass sich viele Betriebe stärker auf Marktfruchtproduktion spezialisiert haben. Die Anzahl der Ackerbauern hat in den letzten 15 Jahren in Oberösterreich um 20 Prozent zugenommen. Gleichzeitig ist der wirtschaftliche Druck deutlich gestiegen.

Während die Preise für Düngemittel, Energie und Pflanzenschutzmittel massiv zugenommen haben, orientieren sich die Erlöse für Getreide und Ölsaaten weiterhin an internationalen Börsenentwicklungen. Die Kosten-Preis-Schere geht zunehmend auseinander. Bei intensiven Kulturen wie Weizen oder Mais betragen die Mehrkosten für Düngemittel und Treibstoff im Vergleich zum Vorjahr derzeit bis zu 150 Euro je Hektar. Gleichzeitig liegen die Deckungsbeiträge, also die Erlöse ohne Berücksichtigung der Fixkosten, bei vielen Kulturen nur bei wenigen hundert Euro pro Hektar.

„100 Euro pro Hektar entscheiden für uns Landwirte über Gewinn und Verlust und können in der aktuellen Lage auch Betriebe in Schieflage bringen. Bei vielen Marktfruchtbetrieben bleibt immer weniger Spielraum für Investitionen und Weiterentwicklung. Wenn wir die heimische Produktion erhalten wollen, braucht es jetzt Maßnahmen, die die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe stärken und wirtschaftliche Perspektiven schaffen“, betont Präsident Franz Waldenberger.

Oberösterreich zählt gleichzeitig zu den produktivsten Ackerbauregionen Europas. Bei zahlreichen Kulturen wie Winterweizen, Wintergerste, Roggen, Körnermais oder Sojabohnen werden regelmäßig die höchsten Durchschnittserträge österreichweit erzielt. Diese Leistungsfähigkeit ist das Ergebnis von Know-how, Innovation und dem konsequenten Einsatz moderner Produktionsmethoden.

## 2025 ERTRÄGE INTEGRIERTE WIRTSCHAFTSWEISE - OBERÖSTERREICH NR.1



## **Betriebsmittelkosten senken – Perspektiven geben**

### **Düngemittelkosten und CBAM: Eine strukturelle Kostenfalle**

Düngemittel sind nach der Pacht der größte Kostenfaktor im Ackerbau und entscheiden wesentlich über Ertrag, Qualität und Wettbewerbsfähigkeit. Seit Sommer 2025 haben sich die Preise für Stickstoff- und Mehrnährstoffdünger massiv erhöht. Hohe Energiepreise, geopolitische Unsicherheiten und zusätzliche regulatorische Belastungen verschärfen die Situation weiter.

Besonders kritisch ist die Einführung des europäischen CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichsmechanismus CBAM (Carbon Border Adjustment Mechanism) im Düngemittelbereich. Das System wurde geschaffen, um energieintensive Industrien innerhalb Europas vor Wettbewerbsnachteilen zu schützen. Im Düngemittelbereich führt es jedoch zu einer Schieflage: Die europäische Düngemittelindustrie wird geschützt, die Landwirtschaft muss die dadurch entstehenden Mehrkosten tragen. Während die Produktionskosten für europäische Landwirte durch politische Entscheidungen erhöht werden, orientieren sich die Erlöse für Getreide, Ölsaaten und andere Ackerkulturen weiterhin an den internationalen Agrarmärkten. Die Landwirtschaft kann höhere Kosten nicht an den Markt weitergeben.

Nach Berechnungen vom europäischen Bauernverband Copa-Cogeca wird allein im Jahr 2026 ein durchschnittlicher Preisanstieg bei Stickstoffdüngern von rund 15 Prozent erwartet. Die direkten Kosten des CBAM für die europäische Landwirtschaft werden bereits im ersten Jahr auf rund 820 Millionen Euro geschätzt und könnten bis 2034 auf 3,4 Milliarden Euro jährlich ansteigen. Über die nächsten sieben Jahre summieren sich die direkten Belastungen auf rund 12 Milliarden Euro. Die Europäische Kommission betont selbst, dass Ernährungssicherheit mit Düngersicherheit beginnt. Der von Agrarkommissar Christophe Hansen vorgestellte Düngemittelaktionsplan bleibt aus Sicht der Landwirtschaft jedoch hinter den Erwartungen zurück. Zusätzliche Finanzierungsinstrumente können zwar Liquiditätsengpässe überbrücken, sie machen Düngemittel aber nicht günstiger. Entscheidend ist ein ausreichendes Angebot am europäischen Markt.

Europa wird auch künftig auf Düngemittelimporte angewiesen sein. Rund 30 Prozent des in der Europäischen Union eingesetzten Stickstoffdüngers werden importiert. Zusätzliche Belastungen auf diese Importe erhöhen daher in erster Linie die Produktionskosten der Landwirtschaft. Gerade vor diesem Hintergrund ist die Einführung von CBAM im Düngemittelbereich besonders kritisch zu bewerten.

Die Landwirtschaftskammer Oberösterreich fordert daher die Aussetzung des CBAM im Düngemittelbereich, solange die Landwirtschaft beim Absatz ihrer Produkte nicht gleichwertig geschützt wird. Gleichzeitig müssen die Einnahmen aus CBAM beziehungsweise dem Emissionshandel zumindest teilweise an jene Betriebe rückgeführt werden, die die Kosten dieser Maßnahmen tragen. Darüber hinaus braucht es eine langfristige Absicherung der Agrardiesel- und CO<sub>2</sub>-Rückvergütung.

„Der CO<sub>2</sub>-Grenzausgleich war als Schutzinstrument für die europäische Industrie gedacht. Für die Landwirtschaft entwickelt er sich zunehmend zu einem Kostentreiber. Die Politik erhöht unsere Produktionskosten, während unsere Produkte weiterhin zu Weltmarktpreisen

gehandelt werden. Solange unsere Betriebe beim Absatz ihrer Erzeugnisse weiterhin mit Importen konkurrieren müssen, die unter niedrigeren Standards produziert werden, braucht es eine Aussetzung von CBAM für Düngemittel“, betont Präsident Franz Waldenberger.

### **Pflanzenschutz: Wirkstoffverfügbarkeit ist Produktionssicherheit**

Neben den Düngemitteln stellt die Verfügbarkeit wirksamer Pflanzenschutzmittel eine zentrale Voraussetzung für die Produktionssicherheit im heimischen Ackerbau dar. Zunehmende Wirkstoffverbote, langwierige Zulassungsverfahren und unterschiedliche Vollzugspraxen innerhalb der Europäischen Union führen dazu, dass österreichische Betriebe gegenüber ihren Mitbewerbern benachteiligt werden.

Aus Sicht der Landwirtschaftskammer Oberösterreich braucht es daher eine grundlegende Beschleunigung und Vereinfachung der Zulassungsverfahren auf europäischer Ebene. Gleichzeitig muss die langfristige Verfügbarkeit wirksamer Wirkstoffe sichergestellt und die Harmonisierung innerhalb des Binnenmarktes vorangetrieben werden.

„Produktionssicherheit braucht funktionierende Werkzeuge. Wenn notwendige Wirkstoffe wegfallen, ohne dass ausreichend wirksame Alternativen zur Verfügung stehen, gefährdet das Erträge, Qualität und letztlich die Wettbewerbsfähigkeit unserer Ackerbaubetriebe“, betont Präsident Franz Waldenberger.

### **Neue Züchtungsmethoden als Chance nutzen**

Neue genomische Techniken in der Pflanzenzüchtung bieten die Möglichkeit, widerstandsfähigere Sorten zu entwickeln, die besser mit Trockenheit, Krankheiten und klimatischen Herausforderungen umgehen können. Gleichzeitig könnten dadurch Pflanzenschutz- und Betriebsmittelaufwand reduziert werden. Sowohl den Züchtern als auch den Ackerbauern müssen daher alle verfügbaren Werkzeuge zur Ertragssicherung zur Verfügung gestellt werden, um auch in Zukunft die Versorgungssicherheit zu gewährleisten.

Aus diesem Blickwinkel unterstützt die Landwirtschaftskammer Oberösterreich auch den Zugang zu den Neuen Züchtungsmethoden, deren Anwendung auf EU-Ebene im Dezember 2025 beschlossen wurde und sieht darin einen wichtigen Innovationsschritt für die europäische Landwirtschaft und fordert eine rasche Zulassung entsprechender Verfahren sowie moderne rechtliche Rahmenbedingungen für Forschung und Praxis.

„Wer nachhaltiger produzieren will, muss Innovation ermöglichen. Neue Züchtungsmethoden können dazu beitragen, Erträge zu sichern und gleichzeitig den Ressourceneinsatz weiter zu reduzieren. Nur so kann es gelingen, die heimischen Ackerbauern aber auch Züchtungsunternehmer international wettbewerbsfähig zu halten und in der Zuchtarbeit rascher Antworten auf die Pflanzenschutz einschränkungen und die Klimaerwärmung zu finden“, erklärt Waldenberger.

## **Einnahmepotenziale für Marktfruchtbetriebe stärken Regionale Wertschöpfungsketten ausbauen**

Oberösterreich verfügt über eine leistungsfähige Lebensmittel- und Verarbeitungsindustrie. Diese Stärke muss künftig noch stärker genutzt werden. Langfristige Lieferbeziehungen und regionale Wertschöpfungspartnerschaften können dazu beitragen, die Einkommenssituation der Betriebe zu stabilisieren und die Abhängigkeit von internationalen Rohstoffmärkten zu reduzieren.

Die Landwirtschaftskammer Oberösterreich setzt sich daher für den weiteren Ausbau regionaler Verarbeitungsstrukturen und langfristiger Partnerschaften zwischen Landwirtschaft und Wirtschaft ein.

„Wir müssen die Stärken Oberösterreichs besser nutzen: eine leistungsfähige Landwirtschaft, eine starke Verarbeitungsindustrie und eine wachsende Nachfrage nach regionalen Produkten. Daraus entstehen Perspektiven für unsere Marktfruchtbetriebe“, betont Präsident Franz Waldenberger.

## **Heimischen Sojaanbau und pflanzliche Proteine stärken**

Mit mehr als 22.000 Hektar Anbaufläche zählt Soja zu den wirtschaftlich bedeutendsten Ackerkulturen Oberösterreichs. Soja und andere Leguminosen benötigen keinen mineralischen Stickstoffdünger und stellen eine zentrale Komponente nachhaltiger Fruchtfolgen dar. Gleichzeitig gewinnt die heimische Eiweißproduktion vor dem Hintergrund geopolitischer Unsicherheiten, steigender Nachhaltigkeitsanforderungen und des Ziels einer höheren europäischen Eiweißautonomie zunehmend an Bedeutung. Gerade Soja, aber auch Ackerbohnen und Körnererbsen leisten einen wichtigen Beitrag zur regionalen Wertschöpfung und zur Verringerung der Importabhängigkeit Europas.

Umso kritischer beurteilt die Landwirtschaftskammer Oberösterreich die geplante Einstufung von europäischem Sojaöl als Hochrisiko-Rohstoff für indirekte Landnutzungsänderungen (iLUC) im Rahmen der Erneuerbaren-Energie-Richtlinie. Diese Entscheidung steht im klaren Widerspruch zu den Zielen der europäischen Proteinstrategie. Während die Europäische Union den Anbau heimischer Eiweißpflanzen stärken will, würde gleichzeitig die wirtschaftliche Grundlage der europäischen Sojaverarbeitung geschwächt.

Sojaöl ist ein wesentlicher Wertschöpfungsträger in der europäischen Sojaverarbeitung. EU-weit werden rund 50 Prozent des Sojaöls im Biodiesel eingesetzt, in Österreich sogar bis zu 80 Prozent. Fällt dieser Absatzkanal weg oder wird erheblich eingeschränkt, gerät die gesamte Verwertungskette unter Druck. Die Folgen würden letztlich auch die Sojaproduzenten treffen, deren Absatzmöglichkeiten und Erlösperspektiven sich verschlechtern würden.

Auch der vor- und nachgelagerte Bereich wäre massiv betroffen: Die Saatzucht Donau — eine Kooperation der Saatzucht Linz und der Probstdorfer Saatzucht — betreibt das erfolgreichste Sojazuchtprogramm der EU und versorgt zahlreiche europäische Anbauländer mit leistungsfähigen Sorten. Die pauschale Hochrisiko Einstufung von Sojaöl würde auch diesen strategisch wichtigen Sektor erheblich schwächen.

Die Landwirtschaftskammer Oberösterreich unterstützt daher die österreichische Initiative auf europäischer Ebene, die geplante Einstufung von europäischem Sojaöl zu überarbeiten. Wer mehr heimische Eiweißproduktion fordert, darf die wirtschaftliche Basis dieser Produktion nicht gleichzeitig durch widersprüchliche Regelungen gefährden. Darüber hinaus müssen die Verarbeitungsstrukturen für Soja, Ackerbohnen und Körnererbsen weiter ausgebaut werden, um zusätzliche Wertschöpfung in Österreich und Europa zu halten.

„Europäisches Soja wächst auf bestehenden Ackerflächen, ist nachweislich entwaldungsfrei und erfüllt höchste Nachhaltigkeitsstandards. Es wäre völlig widersinnig, ausgerechnet jene Kultur zu benachteiligen, die einen wesentlichen Beitrag zur europäischen Eiweißversorgung leistet. Die europäische Proteinstrategie und die Energiepolitik müssen endlich in dieselbe Richtung arbeiten“, betont Präsident Franz Waldenberger.

### **Biokraftstoffe schaffen neue Marktchancen und stärken die Energieunabhängigkeit**

Biokraftstoffe zählen bereits heute zu den wichtigsten Instrumenten zur Reduktion von Treibhausgasemissionen im Verkehrssektor. Allein in Österreich werden durch ihren Einsatz jährlich mehr als 1,6 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> eingespart. Seit Beginn der Beimischung von Biokraftstoffen vor rund zwei Jahrzehnten summiert sich die Einsparung auf rund 30 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>. Damit leisten Biokraftstoffe schon heute den größten Beitrag zur Emissionsreduktion im heimischen Verkehr.

Gleichzeitig bieten sie erhebliche Chancen für die heimische Landwirtschaft. Höhere Beimischungsquoten schaffen zusätzliche Nachfrage nach heimischen Ackerkulturen wie Raps, Sonnenblumen, Soja, Getreide und Zuckerrüben. Dadurch entstehen zusätzliche Absatzmöglichkeiten, regionale Wertschöpfung und neue Einkommensperspektiven für die Betriebe.

Derzeit ist in Österreich eine Biodieselbeimischung von maximal sieben Prozent (B7) vorgesehen. Diese Begrenzung verhindert, dass bestehende Produktionskapazitäten vollständig genutzt werden und zusätzliche Klimaschutzpotenziale erschlossen werden können. Zahlreiche europäische Länder haben diesen Schritt bereits gesetzt. Frankreich und Portugal nutzen höhere Biodieselanteile, Deutschland und Irland haben B10 Anfang 2024 eingeführt. Auch außerhalb Europas sind deutlich höhere Beimischungsquoten längst etabliert.

Aus Sicht der Landwirtschaftskammer Oberösterreich wäre eine Anhebung auf B10 ein rasch umsetzbarer und praxiserprobter Schritt. Die notwendigen Produktionskapazitäten sind vorhanden, die Technologie ist verfügbar und die Fahrzeugflotte weitgehend kompatibel. Gleichzeitig würde der Anteil erneuerbarer Energieträger im Verkehrssektor unmittelbar steigen und die Abhängigkeit von fossilen Energieimporten weiter reduziert werden.

Vor dem Hintergrund geopolitischer Unsicherheiten und volatiler Energiemärkte gewinnt die strategische Energieunabhängigkeit Europas zunehmend an Bedeutung. Biokraftstoffe leisten dazu einen wichtigen Beitrag, weil sie auf heimischen Rohstoffen basieren und regionale Wertschöpfungsketten stärken. Die Europäische Kommission hat Biokraftstoffe zuletzt im

Rahmen ihres Aktionsplans „AccelerateEU – Energy Union“ ausdrücklich als wichtigen Baustein für Energiesicherheit und Dekarbonisierung hervorgehoben. Gleichzeitig werden auf europäischer Ebene weitere Schritte wie die frühere Einführung von E20-Kraftstoffen diskutiert.

Die oftmals geführte „Tank-oder-Teller“-Debatte greift dabei deutlich zu kurz. Bei der Herstellung von Biodiesel und Bioethanol entstehen neben erneuerbaren Energieträgern auch hochwertige Eiweißfuttermittel und weitere biobasierte Rohstoffe. Bioraffinerien leisten damit einen wichtigen Beitrag zur europäischen Eiweißversorgung, zur Kreislaufwirtschaft und zur strategischen Autonomie Europas.

Darüber hinaus können Biokraftstoffe insbesondere dort einen wesentlichen Beitrag leisten, wo eine vollständige Elektrifizierung auf absehbare Zeit nicht möglich ist. Dies betrifft sowohl Teile des Schwerverkehrs als auch die bestehende Fahrzeugflotte, die noch viele Jahre auf Europas Straßen unterwegs sein wird. Auch in der Landwirtschaft selbst sollte der Einsatz von Pflanzenöltreibstoffen künftig stärker ermöglicht werden. Dafür braucht es entsprechende rechtliche Rahmenbedingungen und Freigaben für den Einsatz in landwirtschaftlichen Maschinen.

Die Landwirtschaftskammer Oberösterreich fordert daher eine Anhebung der Biodieselbeimischung auf mindestens B10 sowie eine rasche Umsetzung weiterer Maßnahmen zur Stärkung heimischer Bioenergieträger. Gleichzeitig müssen die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden, damit Pflanzenölkraftstoffe und Bioethanol ihr Potenzial für Klimaschutz, Versorgungssicherheit und regionale Wertschöpfung besser entfalten können.

„Biokraftstoffe verbinden Klimaschutz, Versorgungssicherheit, regionale Wertschöpfung und Unabhängigkeit. Höhere Beimischungsquoten schaffen zusätzliche Nachfrage nach heimischen Ackerkulturen, reduzieren die Abhängigkeit von fossilen Energieimporten und leisten gleichzeitig einen wichtigen Beitrag zur CO<sub>2</sub>-Reduktion. Wer mehr Energieunabhängigkeit und mehr Klimaschutz will, muss auch die Potenziale heimischer Bioenergieträger nutzen“, erklärt Präsident Franz Waldenberger.

### **Herkunft sichtbar machen**

Heimische Ackerfrüchte verdienen eine starke Herkunftskennzeichnung. Die Landwirtschaftskammer Oberösterreich spricht sich daher klar für eine Ausweitung des AMA-Gütesiegels neben Getreide auf weitere Produktgruppen, wie Zucker und Ölsaaten sowie für eine verpflichtende Herkunftskennzeichnung in Gastronomie und Verarbeitung aus. Dadurch erhalten Konsumentinnen und Konsumenten die Möglichkeit, bewusst heimische Produkte zu wählen und regionale Wertschöpfung zu unterstützen.



Bildtext: Oberösterreich zählt zu den produktivsten Ackerbauregionen Europas.  
Bildnachweis: LK OÖ, Abdruck honorarfrei

## **Zukünftige GAP muss Wettbewerbsfähigkeit absichern und Investitionen ermöglichen**

Die Verhandlungen über die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) ab 2028 und den neuen Mehrjährigen Finanzrahmen der Europäischen Union werden maßgeblich darüber entscheiden, unter welchen Rahmenbedingungen die heimischen Ackerbaubetriebe in den kommenden Jahren wirtschaften können. Die von der Europäischen Kommission vorgelegten Vorschläge sehen trotz steigender Anforderungen an Umwelt-, Klima- und Biodiversitätsleistungen deutliche Kürzungen im Agrarbudget vor. Gleichzeitig wird über eine stärkere Zusammenführung verschiedener Politikbereiche innerhalb des EU-Haushaltes diskutiert.

Gerade für die Marktfruchtbetriebe hätte eine Kürzung der GAP-Mittel weitreichende Folgen. Der oberösterreichische Ackerbau zählt zu den produktivsten Regionen Österreichs und verfügt über großes Potenzial für weitere Fortschritte bei Ressourceneffizienz, Digitalisierung und Klimaanpassung. So nehmen 86 Prozent aller landwirtschaftlichen Betriebe in Oberösterreich freiwillig am Agrarumweltprogramm ÖPUL teil. Die Betriebe investieren laufend in moderne Technologien, sowie ressourcenschonende Produktionssysteme. Diese Investitionen leisten einen wesentlichen Beitrag zur Versorgungssicherheit, zur Wettbewerbsfähigkeit und zur nachhaltigen Weiterentwicklung der heimischen Landwirtschaft.

Die Landwirtschaftskammer Oberösterreich fordert daher, die Investitionsförderung für den Ackerbau in der künftigen GAP auszubauen. Investitionen in moderne Pflanzenschutztechnik, Präzisionslandwirtschaft, Digitalisierung, Erntetechnik und wassersparende Produktionsverfahren müssen künftig stärker unterstützt werden

Darüber hinaus braucht es ausreichend finanzielle Mittel für die GAP sowie eine Inflationsanpassung bestehender Förderinstrumente, damit deren tatsächliche Wirkung erhalten bleibt. Die positive Entwicklung der freiwilligen Teilnehmer am Agrarumweltprogramm ÖPUL muss durch attraktive Maßnahmengestaltung gewährleistet bleiben und bewährte Maßnahmen, wie die Direktzahlungen, müssen im maximalen Umfang abgesichert werden. Die künftige Agrarpolitik muss insgesamt Investitionen ermöglichen und einen Schwerpunkt auf Wettbewerbsfähigkeit und einkommenswirksame Maßnahmen legen.

„Die GAP-Finanzierung zu kürzen und gleichzeitig immer höhere Anforderungen an die Betriebe zu stellen, passt nicht zusammen. Wer Innovation, Nachhaltigkeit und Versorgungssicherheit will, muss auch die notwendigen Investitionen ermöglichen. Gerade der Ackerbau braucht auch eine wirksame Investitionsförderung. Unsere Bäuerinnen und Bauern wollen investieren und ihre Betriebe weiterentwickeln. Der oberösterreichische Ackerbau verfügt über enormes Potenzial. Damit dieses Potenzial genutzt werden kann, braucht es wieder mehr Planungssicherheit, Investitionsbereitschaft und Vertrauen in die Leistungsfähigkeit unserer Betriebe“, erklärt Kammerdirektor Karl Dietachmair.

## **Wirksamen Außenschutz und funktionierende Marktmechanismen sicherstellen**

Der internationale Agrarhandel wird auch künftig ein wichtiger Bestandteil der europäischen Landwirtschaft bleiben. Voraussetzung dafür ist jedoch, dass Marktöffnungen nicht zu Lasten der heimischen Produktion gehen. Zusätzliche Importmengen aus Drittstaaten dürfen nicht dazu führen, dass europäische Erzeuger unter Druck geraten oder die wirtschaftliche Grundlage der heimischen Produktion geschwächt wird.

Für den österreichischen Ackerbau stellt die Entwicklung des Handels mit der Ukraine derzeit die größte Herausforderung im Bereich der internationalen Agrarmärkte dar. Die vollständige Marktöffnung zwischen Juni 2022 und Juni 2025 führte zu massiven Mengensteigerungen bei Getreide, Ölsaaten und Zucker und setzte zahlreiche europäische Märkte erheblich unter Druck. Die Erfahrungen haben gezeigt, wie rasch zusätzliche Mengen Preisentwicklungen beeinflussen und die wirtschaftliche Situation heimischer Ackerbaubetriebe verschlechtern können.

Die Rückkehr zu Kontingentregelungen im Herbst 2025 war daher ein wichtiger Schritt zur Stabilisierung der europäischen Agrarmärkte. Entscheidend wird nun sein, dass diese Mengenbegrenzungen konsequent eingehalten und laufend überprüft werden. Gerade für Österreich als exportorientiertes Agrarland ist ein funktionierender Außenschutz unverzichtbar, um Marktverwerfungen zu vermeiden und die wirtschaftliche Grundlage der heimischen Produktion zu sichern.

Die Landwirtschaftskammer Oberösterreich bekennt sich grundsätzlich zu internationalen Handelsbeziehungen, fordert jedoch klare Schutzmechanismen für sensible Agrarmärkte. Werden durch Handelsabkommen zusätzliche Importmengen zugelassen, müssen gleichzeitig Instrumente geschaffen werden, die den dadurch entstehenden Marktdruck abfedern und zusätzliche Absatzmöglichkeiten eröffnen.

Gerade im Zuckerbereich zeigt sich die Bedeutung solcher Marktventile. Zusätzliche Importkontingente erhöhen den Wettbewerbsdruck auf europäische Produzenten. Gleichzeitig könnte der Ausbau der europäischen Bioethanolproduktion dazu beitragen, zusätzliche Mengen aufzunehmen und die Märkte zu stabilisieren. Werden neue Importmöglichkeiten geschaffen, müssen daher parallel auch neue Verwertungswege entwickelt werden, um Preisverwerfungen zu vermeiden und Wertschöpfung in Europa zu halten.

Neben den Mengenfragen rücken zunehmend die Produktionsstandards in den Mittelpunkt. Gerade im Bereich Pflanzenschutz bestehen weiterhin erhebliche Unterschiede zwischen der Europäischen Union und zahlreichen Drittstaaten. Während heimische Ackerbaubetriebe aufgrund strenger Zulassungsverfahren und laufender Wirkstoffverluste immer weniger Möglichkeiten im Pflanzenschutz haben, gelangen weiterhin Agrarprodukte auf den europäischen Markt, die unter Einsatz von Wirkstoffen erzeugt wurden, die innerhalb der EU nicht oder nicht mehr zugelassen sind.

Die Landwirtschaftskammer Oberösterreich fordert daher einen wirksamen Außenschutz für sensible Agrarmärkte, die konsequente Einhaltung bestehender Kontingente, wirksame Schutzklauseln bei Marktstörungen sowie verstärkte Kontrollen hinsichtlich Produktionsstandards und Pflanzenschutzmittelrückständen. Langfristig müssen für alle

Produkte, die auf dem europäischen Markt vermarktet werden, vergleichbare Produktionsstandards gelten.

„Die Erfahrungen mit der Ukraine haben gezeigt, wie stark zusätzliche Importmengen europäische Agrarmärkte unter Druck setzen können. Deshalb braucht es einen wirksamen Außenschutz und funktionierende Schutzmechanismen. Gleichzeitig kann es nicht sein, dass unsere Betriebe immer strengere Auflagen im Pflanzenschutz erfüllen müssen, während Produkte importiert werden, die unter völlig anderen Bedingungen erzeugt wurden. Wer Zugang zum europäischen Markt haben will, muss sich an europäische Spielregeln halten“, betont Kammerdirektor Karl Dietachmair.



*Der heimische Ackerbau kämpft aktuell mit schwierigen Rahmenbedingungen.*

*LK OÖ-Präsident Mag. Franz*

*Waldenberger (r.) und Mag. Karl*

*Dietachmair, Kammerdirektor der LK*

*OÖ (l.), fordern daher Maßnahmen um*

*den Ackerbaubetrieben in OÖ*

*Perspektiven zu geben.*

*Bildnachweis: LK OÖ, Abdruck*

*honorarfrei*



*In der Landwirtschaft schießen nicht*

*nur die Düngerpreise in die Höhe,*

*sondern auch jene für den Diesel.*

*Dadurch steigen auch die Preise für die*

*Ernte empfindlich an. Bildnachweis: LK*

*OÖ, Abdruck honorarfrei*

**Kontakt Öffentlichkeitsarbeit:** DI Stephan Grasserbauer,  
T 050 6902 1490, E [medien@lk-ooe.at](mailto:medien@lk-ooe.at)